Aktionsbündnis gegen Aids – Oktober 2020

IM FOKUS

Covid-19, Menschenrechte, was wir aus den Erfahrungen der HIV-Arbeit lernen können

TESTEN ALLEINE REICHT NICHT!

Für eine Ausrichtung der Maßnahmen der öffentlichen Gesundheit an Menschenrechten und modernen Ansätzen von Gesundheitsförderung

Meinungsbildung

Mit welchen Maßnahmen können wir die Corona-Krise überwinden, Folgen begrenzen oder knappe Ressourcen effizient nutzen? Täglich erleben wir zu diesen Fragen Unsicherheiten und Widersprüche bei Wissenschaftler*innen, Gesundheitsexpert*innen, Politiker*inne nd in der Gesellschaft. Wir alle müssen uns um einen breiten Konsens zur Überwindung der globalen COVID-19 Pandemie bemühen. Mit unseren PublIkationen IM FOKUS wollen wir Diskussionen anregen und Meinungsbildung fördern: Wir schreiben vor dem Hintergrund unserer Erfahrungen aus der HIV-Arbeit. Es geht uns nicht darum COVID-19 mit HIV gleichzusetzen, sondern um eine Diskussion der Frage, welche Erfahrungen aus der HIV-Arbeit für die Auseinandersetzung mit COVID-19 hilfreich sein könnten. Wir wollen keine wissenschaftlichen Abhandlungen ersetzen, noch können wir den derzeitigen Wissensstand umfassend und abschließend darstellen.

Was Tests bewirken und wann sie einen Nutzen haben

Das Testen auf SARS-CoV-2 Infektionen gilt als ein Schlüssel zur Kontrolle der Corona-19-Pandemie. Doch was zunächst als sinnvolle Maßnahme erscheint, wie beispielsweise das Testen von Reiserückkehrern, stößt nicht nur an technische Schwierigkeiten, sondern muss durch die Abwägung vorstellbarer Nutzen und Schäden neu bewertet werden.

Testen ist kein einfacher technischer Akt

Allgemein gesprochen ist ein Corona-Test ein methodisches Vorgehen mit einem Instrument, das die Annahme bestätigen soll, dass die untersuchte Person das Merkmal erfüllt, “Träger von SARS-CoV-2” zu sein. Diese zugegeben abstrakte Beschreibung öffnet den Blick auf eine Reihe von entscheidenden Punkten, die geklärt werden sollten, bevor ein Test durchgeführt wird: Welche Auswirkungen hat ein Test für die getestete Person? Wer hat Zugang zu einem Test, wer nicht? Wer kann unter welchen Bedingungen der Testdurchführung zustimmen?

Welchen Stellenwert haben Beratung, Aufklärung und Information? Unter welchen Umständen können Tests von wem verpflichtend gemacht werden? Wie verlässlich sind Tests, d.h. was ermitteln sie eigentlich? Lässt das Testergebnis eine Aussage über Infektiosität und Übertragungsrisiko zu? Lässt sich daraus ein Nutzen für eine Behandlung einer Person oder für die öffentliche Gesundheit ableiten? Wer bewertet ein Testergebnis - Mediziner*innen, Staatliche Behörden, Dienstleistungsunternehmen? Wer leitet welche Handlungs-empfehlungen oder Vorschriften daraus ab?

Die unvollständige Auflistung von Fragen macht deutlich: Testen ist kein simpler technischer Akt, sondern eine, in ihrer Intention, Auswirkungen und Konsequenz zu bewertende, komplexe Maßnahme mit vielen Konsequenzen. Letztendlich werden getestete Personen nach ihrem Ergebnis einer Kategorie wie gesund oder ansteckend zugeteilt mit zum Teil erheblichen Konsequenzen für das Individuum.

Erfahrungen zum Umgang mit Testen aus der HIV-Arbeit

Im HIV-Bereich haben wir gelernt, dass wir veraltete Strategien der Seuchenkontrolle überwinden müssen, um erfolgreich zu sein. Zwangsmaßnahmen, die durch Testen begründet werden, haben schwerwiegende Nachteile für getestete Personen und schaden schlussendlich dem Gesundheitsschutz aller. Jonathan Mann, der Direkter des Globalen AIDS Programms der Weltgesundheitsorganisation (WHO), leitete bereits Ende der 80er Jahre den Paradigmenwechsel ein. Er machte soziale Determinanten und Menschenrechte zu Grundpfeilern von öffentlicher Gesundheit. Die Identifikation von “Fällen” oder die Maßnahmen zur Verfolgung von Infektionsketten können Träger von Krankheitserregern in Konflikt mit dem Gesetz bringen. Getestete Personen werden vorschnell und unkritisch in “Gruppen” oder “Cluster” kategorisiert. Jedem Gruppenangehörigen wird pauschalisierend ein unmoralisches oder gefährliches Verhalten unterstellt. Die Gruppe wird so zum Gefährder für die öffentliche Gesundheit.

Wir erleben täglich, dass Ausgrenzung verursacht durch Stereotypien und Maßnahmen gegen vermeintlich infektiöse Personen dazu führen, dass sie von Aufklärung, Prävention und Versorgung nicht mehr erreicht werden. Für “Risikogruppen” werden pauschale Einschränkung von Freiheitsrechten, Isolierungsmaßnahmen oder Verpflichtungen zur Quarantäne beschlossen. Die Gefahr ist, dass strukturelle, soziale oder politische Bedingungen, die zu einem erhöhten Ansteckungsrisiko führen, ausgeblendet werden. Dies führt dazu, dass die Probleme krankmachender Strukturen und Verhältnisse ungelöst bleiben. Die Einbindung betroffener Personen und Gruppen und der Respekt vor ihren Rechte sind Schlüssel für eine erfolgreiche Umsetzung von Maßnahmen der öffentlichen Gesundheit.

COVID-19 trifft nicht alle gleich. Manche Menschen haben im Vergleich zum Durchschnitt der Bevölkerung ein erhöhtes Expositionsrisiko. Als Beispiele sind medizinisches und Pflege-Personal, Menschen die auf engem Raum zusammenleben, wie beispielsweise in Sammelunterkünften, Haftanstalten, Alten- und Pflegeheimen oder Sicherheitskräfte oder Lehrer*innen, Gruppen wie Arbeitsmigrant*innen, Saisonarbeiter*innen, Asylsuchende, Reisende (in Risikogebiete) oder sozial Benachteiligte unserer Gesellschaft. Nur durch ihre Mitwirkung und die Beachtung ihrer Selbstbestimmung kann ein möglichst großer Nutzen für alle erreicht werden. Der Nutzen darf dabei nicht nur wirtschaftlich gesehen werden. Umgesetzte Maßnahmen müssen laufend neu bewertet werden. Erfolgskriterien sind die Orientierung an Wissenschaft, Menschenrecht, Partizipation und aktive Beteiligung.

(c) freepik

Die globale Perspektive beachten

Wir dürfen angesichts der Corona-Pandemie nicht nur lokal und national denken. Die Corona-Krise wird nur global gelöst. In Bezug auf Testen hat unser Handeln schon jetzt gravierende, durchaus nachteilige Auswirkungen auf die Möglichkeiten der Weltgemeinschaft, die COVID-19 Pandemie global zu bewältigen. Durch die Entwicklung und Nutzung von Ressourcen im Gesundheitssektor haben wir einen Einfluss auf deren weltweite Verfügbarkeit. Im Augenblick sind wir zu wenig solidarisch, um unseren Wissens- und Technologievorsprung mit anderen zu teilen. Auf manchen Kontinenten wie Afrika oder in manchen Ländern wird bisher viel zu wenig getestet. Neben der Bereitstellung von Technologie, sollten wir uns auch an der Entwicklung und Anpassung von Teststrategien auf der Basis von Forschung beteiligen. Ein Gewinn für uns daraus wäre, besser über die globale Pandemie informiert zu sein und zielgenauerreagieren zu können.

Was zu tun bleibt und beachtet werden sollte

Wir treten dafür ein, die öffentliche Gesundheit dadurch zu fördern, dass ein möglichst großer, umfassender Nutzen aller angestrebt wird. Dies gelingt dann, wenn Maßnahmen nicht nur technisch effizient oder wissensbasiert sind und wenn die Bedürfnisse und Notwendigkeiten der Gruppen berücksichtigt werden, für die es am schwierigsten ist, diese Maßnahmen umzusetzen. Wir halten es für unabdingbar, dass

- die Maßnahmen systematisch neu bewertet und kontinuierlich an neue Erkenntnisse angepasst werden,
- die Politik die veranlassten Maßnahmen transparent kommuniziert und begründet, insbesondere wenn aus ihnen Restriktionen und Einschränkung von Freiheitsrechten abgeleitet werden,
- alle Anordnungen der öffentlichen Gesundheit zum Testen und die damit verbundenen Kontrollmaßnahmen einer demokratischen Kontrolle unterstellt werden,
- beim Testen in angemessener und effizienter Weise Aufklärung angeboten und eine informierte Zustimmung eingeholt werden,
- gut aufbereitete und verständliche Informationen in allen erforderlichen Sprachen zur Verfügung gestellt und durch ausführliche Beratung vermittelt werden,
- getestete Personen in jedem Fall klare Handlungsanweisungen für alle denkbaren Testausgänge bekommen, wie positive, negative oder unbestimmte Testergebnisse,
- getesteten Personen verdeutlicht wird, dass diagnostische Tests wie eine PCR - Untersuchung oder Antigenteste eine Momentaufnahme darstellen und damit die Einhaltung der AHA-Regeln - weiter sinnvoll und wichtig ist zum anderen die Bedeutung und Aussagekraft von SARS-CoV-2 Antikörpertests vermittelt wird, die im Wesentlichen eine epidemiologische Aussagekraft haben.
- getestete Personen mit ihrer Zustimmung und aktiv in die Identifikation und Beratung von Kontaktpersonen eingebunden werden,
- getestete Personen über die Sicherheit ihrer Daten, sowie persönliche und juristische Konsequenzen, die Testergebnisse nach sich ziehen könnten, informiert werden,
- Teststrategien darauf überprüft werden, in wie weit daraus eine Ausgrenzung von Gruppen und Personen resultiert, was u.a. bedeutet, dass ein positives Test-Ergebnis für jeden den Zugang zu Gesundheitsdiensten und zur Versorgung eröffnet, unabhängig vom Versicherungsstatus,
- der öffentliche Gesundheitsdienst mit hinreichenden personellen und aktuellen, technischen Ressourcen ausgestattet wird, um Kontaktketten effektiv nachverfolgen zu können,
- Testmaßnahmen in Bezug zu einem Anlass stehen, dann aber ohne finanzielle oder administrative Zugangsbeschränkungen angeboten werden und wie bereits erwähnt mit Information und Beratung verbunden sind,
- anstelle der Durchführung von Massentests, spezifischen Gruppen mit erhöhten Risiken, wie bspw. Pflege- und Gesundheitspersonal, Lehrer*innen und Erzieher*innen die Möglichkeit zu regelmäßigen Tests eröffnet wird,
- Deutschland sich global solidarisch zeigt in Bezug auf den Zugang zu Tests und der Entwicklung sinnvoller Strategien.

Was vermieden werden sollte

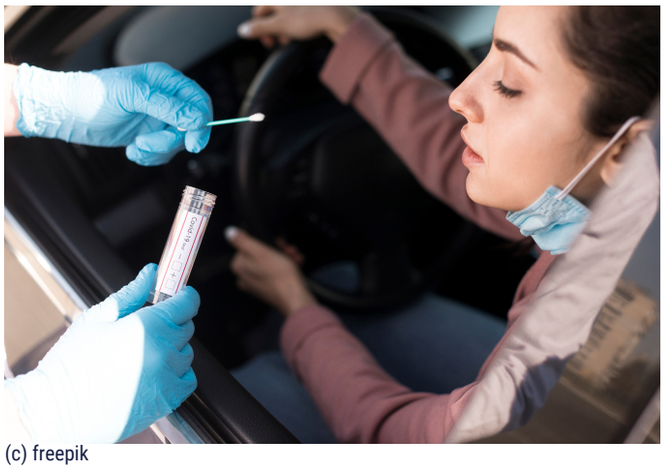
Die Verpflichtung des Staates die öffentliche Gesundheit zu gewährleisten und z.B. vulnerable Gruppen oder Menschen mit Risikofaktoren zu schützen, darf nicht zur systematischen Unterminierung von Menschenrechten führen. Einschränkungen sind stets zu befristen und demokratisch zu legitimieren.

Gute Kommunikation in Krisenzeiten unterlässt die kategorische Verordnung von Maßnahmen. Derart handelnde Expert*innen, Politiker*innen und Entscheidungsträger*innen leisten Misstrauen und

IM FOKUS - TESTEN ALLEINE REICHT NICHT!

Widerstand Vorschub. Fest steht, dass immer wieder Entscheidungen und Anordnungen aufgrund von neuen Erkenntnissen zurückgenommen werden müssen. In diesem Sinn muss ein politischer Wettbewerb, der nicht der öffentlichen Gesundheit dient, vermieden werden. Er beschädigt das Vertrauen in öffentliche Maßnahmen nachhaltig.

In der sogenannten Risikokommunikation zu COVID-19, der behördlichen und akademischen Kommunikation und in den Medien, sollte achtsam mit der Sprache umgegangen werden. Der Zugang zum Testen darf nicht durch Ausgrenzung erschwert werden. Statt vermeintlichem Risikoverhalten sollten vielmehr der Kontext und die strukturellen Bedingungen, die eine Übertragungen ermöglichen, in den Blick genommen werden.



(c) freepik

Selbst für Expert*innen ist Testen ein kompliziertes Thema. Insbesondere die Auswertung von Teststatistiken wird oft missverstanden oder zu wenig berücksichtigt. Verlässliche und allgemeinverständliche Informationen sollten durch unabhängige zertifizierte Institute veröffentlicht werden. Die Medien tragen zur Vermeidung von Falschinformationen eine besondere Verantwortung.

Während einer Pandemie ist es im Interesse der öffentlichen Gesundheit keine unnötigen finanziellen Barrieren für das Testen aufzubauen. Unsicherheiten über Kostenträgerschaft und bürokratische Hürden verringern den Zugang und die Akzeptanz. Aufgrund der Möglichkeit einer SARS-CoV-2 Übertragung in der Phase einer Infektion bevor sich Symptome zeigen, muss die Möglichkeit geschaffen werden, auch in dieser Phase kostenlose Test zu erhalten, bspw. dann, wenn ein Kontakt zu einer erkrankten Person bekannt geworden ist.

Wenn sie mehr wissen möchten

- Robert-Koch Institut; Hinweise zur Testung von Patienten auf Infektion mit dem neuartigen SARS-CoV-2; https://kurzelinks.de/RKI-Corona-Teste-Strategie
- WDR - Quarks: Wie funktioniert ein Corona-Test: https://kurzelinks.de/WDR-QUARKS-Teste-Funktion
- Mueller, C. Coronavirus: Wie Testen und Kontaktverfolgung funktionieren. https://kurzelinks.de/Medium-Pueyo-Mueller-Testen
- https://bit.ly/3844Jvg

Impressum

Hrsg.: Aktionsbündnis gegen AIDS, Deutsche Aidshilfe, Missionsärztliches Institut Würzburg
v.i.S.d.P.: Klaus Koch
Redaktion: Michael Krone, Klemens Ochel, Sylvia Urban, Gerhard Schwarzkopf, Peter Wiessner
Layout: Theresa Kresse
Kontakt: Aktionsbündnis gegen AIDS, Rungestr. 19, 10179 Berlin
+49 30 536799842 info@aids-kampagne.de
Nachdruck ist mit Quellenangabe möglich
Diese Datei kann heruntergeladen werden via https://bit.ly/326NZ2F

Aktionsbündnis gegen AIDS
Leben ist ein Menschenrecht!
www.aids-kampagne.de

Deutsche Aidshilfe

Missionsärztliches Institut Würzburg
Katholische Fachstelle für internationale Gesundheit
... mehr Gesundheit in der Einen Welt.